

**Antwort
der Landesregierung**

auf die Kleine Anfrage Nr. 250
des Abgeordneten Danny Eichelbaum,
Fraktion der CDU
Landtagsdrucksache 5/648

Sicherheitsmaßnahmen an Gerichten im Land Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 250 vom 19. März 2010:

In den letzten Jahren hat sich an deutschen Gerichten die Gewaltbereitschaft erhöht. Prozessbeteiligte und Justizpersonal werden häufig Ziel von physischer Gewalt. Mit Messern, Revolvern und anderen gefährlichen Instrumenten versuchen sich ungerecht behandelt fühlende Bürger in Gerichten ihr eigenes Recht zu sprechen. In verschiedenen Bundesländern kam es bereits zu tätlichen Übergriffen mit teilweise tödlichem Ausgang.

Ich frage die Landesregierung:

1. An welchen Gerichten kam es in den Jahren 2007, 2008 und 2009 zu tätlichen Übergriffen auf Prozessbeteiligte? (Auflistung bitte nach Deliktsarten, Gerichtszweigen und Standorten)
2. Wie und welche Gerichte sind im Land Brandenburg mit Sicherheitsmaßnahmen (Metalldetektoren, Videoüberwachung, Wachpersonal etc.) ausgestattet, die die Sicherheit in den Gerichten bei entsprechender Verwendung erhöhen?
3. Bis zu welchem Zeitpunkt wird das Konzept des Brandenburger Justizministeriums für die Sicherheit an Gerichten und Staatsanwaltschaften aus dem Jahr 2001 überarbeitet?
4. Wann und durch wen werden Gefährdungsanalysen an den Gerichten durchgeführt?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister der Justiz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

An welchen Gerichten kam es in den Jahren 2007, 2008 und 2009 zu tätlichen Übergriffen auf Prozessbeteiligte? (Auflistung bitte nach Deliktsarten, Gerichtszweigen und Standorten)

Frage 2:

Wie und welche Gerichte sind im Land Brandenburg mit Sicherheitsmaßnahmen (Metalldetektoren, Videoüberwachung, Wachpersonal etc.) ausgestattet, die die Sicherheit in den Gerichten bei entsprechender Verwendung erhöhen?

zu Fragen 1. und 2.:

Ordentliche Gerichtsbarkeit:

Gericht	Frage 1	Frage 2
Brandenburgisches Oberlandesgericht	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Schleuse, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Gepäckröntgenanlage Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Landgericht Cottbus	Fehlanzeige	Metalldetektorrahmen, Handsonden, Gepäckröntgenanlage Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Bad Liebenwerda	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Handsonden Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Cottbus	Fehlanzeige	Handsonden Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Senftenberg	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Schleuse, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Guben	Fehlanzeige	Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Lübben	Fehlanzeige	Schleuse, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.

Gericht	Frage 1	Frage 2
Land- und Amtsgericht Frankfurt (Oder)	Fehlanzeige	Land- und Amtsgericht sind in einem Gerichtsgebäude untergebracht. Videoüberwachungsanlage, Schleuse, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Gepäckröntgenanlage, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Bad Freienwalde	Fehlanzeige	Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister
Amtsgericht Bernau	Fehlanzeige.	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Eberswalde	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Eisenhüttenstadt	Fehlanzeige	Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Fürstenwalde	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Schwedt	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Strausberg	Im Jahr 2008 kam es zu einem tätlichen Übergriff eines inhaftierten Angeklagten auf den ihn vorführenden Justizwachtmeister (Körperverletzung: § 223 StGB).	Videoüberwachungsanlage, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Landgericht Neuruppin	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Neuruppin	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.

Gericht	Frage 1	Frage 2
Amtsgericht Oranienburg	Im Jahr 2009 gab es einen Übergriff in einem Zivilverfahren, in dem der Beklagte dem gegnerischen Rechtsanwalt gegen das Schienbein trat (Körperverletzung, § 223 StGB).	Videoüberwachungsanlage, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Perleberg	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Prenzlau	Fehlanzeige	Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Zehdenick	Fehlanzeige	Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Land- und Amtsgericht Potsdam	Fehlanzeige	Landgericht und Teile des Amtsgerichts sind in einem Gerichtsgebäude untergebracht. Videoüberwachungsanlage, Schleuse, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Gepäckröntgenanlage Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Brandenburg an der Havel	Fehlanzeige	Videoüberwachung, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Königs Wusterhausen	Fehlanzeige	Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Luckenwalde	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Nauen	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Rathenow	Fehlanzeige	Videoüberwachung, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.
Amtsgericht Zossen	Fehlanzeige	Videoüberwachung, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.

Gericht	Frage 1	Frage 2
Amtsgericht Potsdam	Fehlanzeige	Videoüberwachung, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Einlasskontrolle durch Justizwachtmeister.

Über die Häufigkeit der Einlasskontrollen entscheidet die jeweilige Behördenleitung.

Finanzgerichtsbarkeit:

Im Finanzgericht Berlin-Brandenburg kam es bisher zu keinen tätlichen Übergriffen. Das Finanzgericht ist mit keinen besonderen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet.

Verwaltungsgerichtsbarkeit:

Gericht	Frage 1	Frage 2
Verwaltungsgericht Cottbus	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Einlasskontrolle durch Justizhelfer.
Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)	Fehlanzeige	Einlasskontrolle durch Justizhelfer.
Verwaltungsgericht Potsdam	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Einlasskontrolle durch Justizhelfer

Sozialgerichtsbarkeit:

Gericht	Frage 1	Frage 2
Landessozialgericht Berlin- Brandenburg	Fehlanzeige	Videoüberwachungsanlage, Schleuse, Metalldetektorrahmen, Handsonden, Gepäckröntgenanlage Einlasskontrolle durch Justizhelfer.

In den Sozialgerichten des Landes kam es bisher zu keinen tätlichen Übergriffen. Die Gerichte sind derzeit mit keinen besonderen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet.

Arbeitsgerichtsbarkeit:

In den Arbeitsgerichten des Landes kam es bisher zu keinen tätlichen Übergriffen. Die Gerichte sind derzeit mit keinen besonderen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet.

Die Gefährdungsanalysen für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, die erst im Jahre 2004 in die Zuständigkeit des MdJ überführt wurden, konnten 2009 insgesamt abgeschlossen werden. Die hierdurch veranlassten baulichen und sicherheitstechnischen Maßnahmen befinden sich im Planungs- bzw. Umsetzungsstadium.

Für das Jahr 2010 sind Hochbaumaßnahmen des Einzelplanes 04 (Justiz) für folgende Gerichte geplant, die zwangsläufig auch bauliche und technische Sicherheitsmaßnahmen beinhalten:

- Amtsgericht Schwedt,
- Amtsgericht Eberswalde, Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) Zweigstelle Eberswalde, Soziale Dienste der Justiz, Dienstsitz Eberswalde,
- Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder), Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) und Soziale Dienst der Justiz, Dienstsitz Frankfurt (Oder).

In der Planung und zum Teil schon realisiert sind bauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit nach dem Investitionsplan des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen bei folgenden Gerichten:

- Amtsgericht Perleberg
- Amtsgericht Prenzlau
- Amtsgericht Bad Freienwalde
- Amtsgericht Fürstenwalde
- Landgericht Neuruppin
- Sozialgericht Neuruppin
- Sozialgericht Frankfurt (Oder)
- Sozialgericht Cottbus
- Sozialgericht Potsdam
- Arbeitsgericht Neuruppin
- Arbeitsgericht Frankfurt (Oder)
- Arbeitsgericht Cottbus.

Frage 3:

Bis zu welchem Zeitpunkt wird das Konzept des Brandenburger Justizministeriums für die Sicherheit an Gerichten und Staatsanwaltschaften aus dem Jahr 2001 überarbeitet?

zu Frage 3:

Das Sicherheitskonzept der Justiz im Land Brandenburg - Gerichte und Staatsanwaltschaften - vom August 2001 ist ein Rahmenkonzept und wurde anlässlich mehrerer tödlicher Zwischenfälle in den neunziger Jahren, wie zum Beispiel in Essen und Euskirchen, in enger Abstimmung mit dem Ministerium des Innern, dem Geschäftsbereich und Personal- und Interessenverbänden erarbeitet.

Die Justiz des Landes Brandenburg verfügt als eines der ganz wenigen Länder über ein derartig ganzheitliches Konzept. Dies wurde bei dem im letzten Jahr durchgeführten Erfahrungsaustausch der Zentralabteilungsleiter der Justizministerien der Länder und des Bundesministeriums der Justiz deutlich. Das Rahmenkonzept entspricht auch heute noch den Sicherheitsanforderungen und hat sich als solches sehr bewährt.

Einer Überarbeitung bedarf es nicht. Dieses Rahmenkonzept wird - was die baulichen und fest installierten technischen Sicherheitsstandards angeht - sukzessive im Zusammenhang mit Neu- und Umbaumaßnahmen umgesetzt.

In Ergänzung des Sicherheitskonzeptes wird die Anlegung eines „Sicherheitskatalogs“ angestrebt, welches einen dezidierten Überblick über alle sicherheitsrelevanten Fakten bei jedem Gericht und jeder Staatsanwaltschaft verschaffen und vorhandene Schwachstellen aufzeigen soll. Auch die Dienstsitze der Sozialen Dienste werden in die Sicherheitsüberlegungen einbezogen.

Frage 4:

Wann und durch wen werden Gefährdungsanalysen an den Gerichten durchgeführt?

zu Frage 4:

Die Gefährdungsanalysen werden durch die Sicherheitsbehörden (Polizeipräsidien und Landeskriminalamt des Landes Brandenburg) erstellt. Grundsätzlich werden sie im Zusammenhang mit besonderen sicherheitsrelevanten Vorkommnissen oder aber bei größeren Umbaumaßnahmen oder Neubaumaßnahmen durchgeführt.

Bedingt durch die Vorkommnisse in Landshut wurden im letzten Jahr sämtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften durch das Ministerium des Innern und die Sicherheitsbehörden einer Gefährdungsanalyse unterzogen.